

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

Bitte Sperrfrist 1. August, 24.00 Uhr beachten!

2. August 2007

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Internationaler Gedenktag der Sinti und Roma in Auschwitz

63. Jahrestag der Mordaktion der SS am 2. August 1944

EU-Kommissar Frattini soll EU-Richtlinie gegen Rassismus ergänzen

25 KZ-Überlebende der Sinti und Roma aus Deutschland nehmen heute, am 2. August, unter Leitung des Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, an dem Internationalen Auschwitz-Gedenktag der Sinti und Roma teil. Aufgrund Himmlers "Auschwitz-Erlass" vom 16. Dezember 1942 deportierte die SS 23 000 Sinti und Roma familienweise aus elf Ländern Europas in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Am 2. August 1944, vor 63 Jahren, ermordete die SS dort in den Gaskammern die letzten 2900 Sinti und Roma - Kinder, ihre Mütter und Alte. Zuvor von SS-Ärzten noch als "arbeitsfähig" selektierte 3000 Sinti und Roma kamen als Sklavenarbeiter in andere Konzentrationslager wie Buchenwald und Ravensbrück. Im besetzten Europa wurden 500 000 Roma und Sinti Opfer des Holocaust.

Zu der um 11.45 Uhr beginnenden Veranstaltung erwartet der Verband der polnischen Roma mehrere hundert Sinti und Roma aus vielen Ländern Europas. Rose sagt in der Gedenkansprache, Roma und Sinti seien nach Untersuchungen der Europäischen Union (EU) „heute wie keine andere Gruppe“ in ihren Heimatländern von rassistisch motivierter Gewalt und Diskriminierung bei Bildung, Wohnung und Beruf betroffen. Die Hauptschuld dafür trügen Behörden dieser Staaten, so Rose, und weiter: Der Zentralrat habe deshalb den Vizepräsidenten der EU-Kommission, Franco Frattini, um eine Erweiterung der bestehenden EU-Richtlinie gegen Rassismus und Diskriminierung gebeten. Diese Erweiterung der Richtlinie müsse von den EU-Mitgliedsstaaten verlangen, dass sie ihren Behörden jede Diskriminierung von Sinti und Roma verbieten. Besonders müsse die neue Richtlinie eine Unterlassung der Minderheitenkennzeichnung Beschuldigter in behördlichen Berichten an die Medien sicherstellen. Die bisherige EU-Richtlinie gelte nur für das Privatrecht, nicht für staatliche Stellen, kritisiert Rose.

Die Reise der deutschen Delegation zu dem Internationalen Gedenktag in Auschwitz wurde von dem Fonds "Erinnerung und Zukunft" gefördert.